



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 27. Juni 2024

Landratsbeschluss über einen Nachtragskredit zur Lohnsumme 2024 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Aufgabenerfüllung im Asyl- und Flüchtlingsbereich und Landratsbeschluss für die Jahre 2025 - 2027 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Aufgabenerfüllung im Asyl- und Flüchtlingsbereich (inkl. Ukraine); Bericht und Antrag der Finanzkommission

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Finanzkommission hat an der Sitzung vom 27. Juni 2024 in Anwesenheit von Regierungsrat Peter Truttmann und Frau Landammann Michèle Blöchliker den Antrag des Regierungsrates vom 14. Mai 2024 beraten. Sie erstattet dem Landrat Bericht und stellt Antrag.

1 Ausgangslage

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat mit Beschluss Nr. 304 vom 14. Mai 2024 einerseits einen Nachtragskredit von Fr. 1'242'500 zur Erhöhung der Lohnsumme für das Jahr 2024, andererseits einen zusätzlichen Kredit von je Fr. 5'454'000 für die Lohnsumme für die Jahre 2025, 2026 und 2027. Diese zusätzlichen Mittel werden zur Aufgabenerfüllung im Asyl- und Flüchtlingsbereich (inkl. Ukraine) benötigt. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen ist die Aufgabenerfüllung im Asyl- und Flüchtlingsbereich mit dem vorhandenen Personal zukünftig nicht mehr möglich. Mit Beschluss Nr. 223 vom 26. März 2024 verabschiedete der Regierungsrat für den unvorhergesehenen Aufwand im Zusammenhang mit der Bewältigung der Asyl-Situation (ohne Ukraine) eine befristete Erweiterung des Leistungsauftrags für das Amt für Asyl und Flüchtlinge (AAF) zu Lasten des Planungssaldos zum Budget 2024 in der Höhe von 180'000 Franken. Dieser Betrag stand vor allem für die Anstellung des kurzfristig benötigten Personals, die Inbetriebnahme der zusätzlichen Unterkünfte Mettenweg und Postillon sowie Beschaffungen wie Möbel und Verbrauchsgüter für Asylsuchende und Flüchtlinge zur Verfügung. Der Regierungsrat war sich im März 2024 bewusst, dass ein Nachtragskredit zum Budget 2024 sowie ein Antrag für die Folgejahre 2025 bis 2027 dem Landrat vorgelegt werden muss. Das Staatssekretariat für Migration rechnete Anfang Mai 2024 für das Jahr 2024 am wahrscheinlichsten mit 30'000 Gesuchen. Jedoch sind auch die Szenarien «hoch» mit 39'000 und «sehr hoch» mit über 45'000 Gesuchen nicht unwahrscheinlich.

2 Stellungnahme Finanzkommission

Der Nachtragskredit zur Erhöhung der Lohnsumme für das Jahr 2024 war in der Finanzkommission unbestritten. Hinsichtlich Leistungsauftragserweiterung für die Jahre 2025 bis 2027 hat die Finanzkommission zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat je nach Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich rasch handeln und die vom Landrat bewilligten zusätzlichen personellen Ressourcen zeitnah auslösen können will. Damit soll sichergestellt werden, dass alle anfallenden Aufgaben vom Kanton mit eigenem Personal erfüllt werden können. Eine Vergabe an Dritte wäre gemäss Finanzdirektion mit grösserem finanziellem Aufwand verbunden. Kritisiert wurde in der Finanzkommission, dass ab 2025 nicht mehr zwischen Ukraine-Krise und dem Asyl- und Flüchtlingsbereich unterschieden werden soll. Die Finanzdirektion hat aber versichert, dass sie die anfallenden Kosten soweit möglich getrennt ausweisen wird. Die beantragten Leistungsauftragserweiterungen für die Jahre 2025 bis 2027 sind als Kostendach zu betrachten, um dem Regierungsrat zu ermöglichen, das zusätzliche Personal je nach Anzahl Asylsuchender modulartig bzw. stufenweise zeitnah anzustellen, ohne dass ein Nachtragskredit beim Landrat mit damit verbundener zeitlicher Verzögerung eingeholt werden muss.

Die Bewältigung des Flüchtlingszustroms als gesetzliche Aufgabe soll durch den Kanton mit den entsprechenden Krediten für die Lohnsumme erfolgen. Dies ist einer Vergabe der Aufgabe an Dritte vorzuziehen.

3 Antrag der Finanzkommission

Die Finanzkommission stimmt dem Nachtragskredit und dem separaten Kredit für die Erhöhung der Lohnsumme mit 9:0 Stimmen (ohne Enthaltung) einstimmig zu.

Freundliche Grüsse
FINANZKOMMISSION



Christof Gerig
Präsident



lic. iur. Emanuel Brügger
Landratssekretär